

Evang. Akademikerschaft Deutschland, Landesverband Pfalz/Saar

„Der Konflikt im Nahen Osten - Die Verantwortung der Evangelischen Kirchen in der Auseinandersetzung mit der pro-israelischen Rechten in Europa und den USA“

- Abstract zum Vortrag von Dr. Shir Hever am 07.01.2019 im Lutherkirchturm Ludwigshafen -

Evangelikale Kreise in den USA erwarten, dass es bald einen Krieg in Nahost geben wird: Krieg zwischen Israel und Muslimen, möglicherweise einen Atomkrieg. Dies sei dann der Beginn der Endzeit. Während die Moslems sowieso zur Hölle fahren wird Christus den Juden noch eine letzte Chance zur Umkehr geben, also zur Taufe. Wer sich nicht taufen lässt, wird auch zur Hölle fahren.

Um das Ende bald herbeizuführen finanzieren die Evangelikalen in den USA Siedlungen und extrem rechte Gruppierungen in Israel und sehen sich mit Lord Arthur Balfour verbunden, der vor 100 Jahren („Balfour-Erklärung“ 1917 zur Schaffung einer „nationalen Heimstätte“ für Israel und Bleiberecht für Nicht-Juden) selbst aus seinem evangelischen Glauben heraus die zionistische Bewegung unterstützt hatte, auch mit der Intention, Armageddon beschleunigen zu können. Zu den Evangelikalen in den USA gehört beispielsweise Pfr. John Hagee, der die Meinung vertritt, dass Hitler die Arbeit Gottes gemacht habe. Netanjahu ist diesen evangelikalen Gruppierungen sehr nahe und befreundet mit Pfr. Higgins.

Evangelikale berufen sich auch auf Samuel Huntingtons „Clash of Civilizations“. Die Gewalt gegen Palästinenser wird quasi gerechtfertigt als Zusammenstoß der Zivilisationen. Die judäo-christliche Zivilisation gegen die muslimische Welt. Dieselbe Auffassung vertritt Steve Bannon, bis vor kurzem wichtigster Berater von Präsident Trump. Er propagiert die Idee, dass Juden einen besonderen Auftrag haben in Palästina.

In Ungarn, Brasilien und anderen Staaten ist die evangelische Kirche sehr israel-freundlich. Im Wahlkampf in Brasilien haben viele evangelische Befürworter von Bolsonaro die Fahne Israels mit sich geführt. In diesen Staaten ist die evangelische Kirche gegen Flüchtlinge, Araber und gegen Muslime gestimmt. Auch in Israel selbst ist die gegenwärtige Politik gegen Flüchtlinge eingestellt. Interessanterweise stehen viele Neo-Nazi-Gruppen auf der Seite der gegenwärtigen israelischen Staatspolitik.

In der Evangelischen Kirche in Deutschland wird der Begriff „Israel“ mit unterschiedlichen Bedeutungen verwendet. Er kann das Volk Israel bezeichnen, das biblische Land Israel, den Staat Israel und anderes. Das ist verwirrend. Man sollte dringend darauf achten, mit welchem Wort-Sinn gerade argumentiert wird. Möglicherweise ist die Verwirrung bei der Nutzung der Begrifflichkeiten aber auch bewußt beabsichtigt.

Bis zur Gründung des Staates Israel wurde der Begriff „Israel“ überwiegend im biblischen Sinne verwendet (also z.B. Volk Israel, Stamm Israel) und war synonym mit dem Begriff „Juden“ – so haben die Nazis jeden jüdischen Mann mit der Name „Israel“ bezeichnet. Jüdische Menschen haben gesagt „ich bin Israel“ um zu sagen „ich bin Jude“. Das ist ein moderner Begriff, nicht biblisch, aber nach 1948 wurde er kaum weiter benutzt, weil Ben-Gurion das Wort als Bezeichnung für den neuen Staat verwendet hat (von führenden Rabbinern heftig kritisiert).

Für die deutsche Politik ist zu sagen, dass Deutschland aus geschichtlicher Erfahrung heraus (Holocaust) sich bemüht, jeden Anschein von Antisemitismus zu vermeiden und die Sicherheit des Staates Israel zu unterstützen. So wurde durch Angela Merkel und andere beispielsweise kürzlich das wirtschaftliche Interesse an der Kooperation mit Israel und an deutschen Rüstungsexporten (Verkauf von drei weiteren U-Booten an Israel) aus Staatsräson heraus begründet.

In den USA gibt es eine starke Lobby-Gruppe für den Staat Israel. Die Gruppe hat starken Einfluss auf die US-Politik bis ins Weiße Haus. Ferner wird Israel unterstützt durch die starke Waffenlobby der USA, die ebenfalls großen Einfluß auf die Politik ausübt.

Für Netanjahu sind alle, die sich gegen die Israelische Politik äußern, Antisemiten. Er deutet also den Begriff Antisemitismus um. Alle, die den Staat Israel nicht unterstützen, sind für ihn Antisemiten. Insbesondere wendet sich Netanjahu gegen den BDS („Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“) wegen dessen friedlichen Boykott-Kampfs gegen Israel.

So verbündet sich Netanjahu mit vielen rechtsorientierten Politikern in der ganzen Welt, die den Staat Israel unterstützen in seinem Krieg gegen die Palästinenser, die Moslems sind. Zum Beispiel Orban, Bolzenaro, Le Pen, Geert Wilders in Niederland, Salvini in Italien, Trump in den USA, FPÖ usw. Die meisten europäischen Rechten stehen auf der Seite Israels, die Linken auf der Seite der Palästinenser. In Deutschland ist diese Aufteilung nicht so eindeutig.

Diese Pro-Israelischen Positionierungen haben viel zu tun mit der Haltung der Evangelischen Kirchen in Deutschland, in Europa. Hintergrund dafür ist das Konzept des „Sündenstolzes“. Begriff gebildet von Philosoph Hermann Lübbe.

Beschreibung: in der kath. Kirche kann jede Sünde gebeichtet werden, und nach der Beichte ist der Gläubige entschuldigt. Nicht so im Protestantismus. Für die Evangelischen Kirchen ist die Sünde ein Teil der Identität des Menschen, sie ist prägend. Da der Holocaust in diesem Sinne zur Identität Deutschlands gehört ist es die Pflicht Deutschlands, den Staat Israel zu unterstützen. An die Stelle der Scham über die „Sünde“ des Holocaust ist die Lust an der Buße getreten: der Büsser ist stolz darauf, für seine Sünde eine Buße zu tun. In diesem Falle liegt die Buße in der uneingeschränkten Unterstützung des Staates Israel.

Ähnlich verhielt es sich im Hinblick auf Südafrika. Die Evangelische Kirche hat sich erst sehr spät gegen das Apartheitsregime gestellt und die schwarzen Kirchen erst unterstützt, als kein Mut mehr dazu gehörte. Nach dem Ende der Apartheid sieht die Evangelische Kirche ihr Verhalten als sündig an.

Auf der Grundlage von Sündenstolz schweigt die Evang. Kirche zu den Rüstungsexporten gegenüber Israel und ist aktuell bereits mehrmals dazu übergegangen, israel-kritische Veranstaltungen zu verbieten, wie beispielsweise Anfang Dezember 2018 eine Veranstaltung mit Andreas Zumach = Journalist, Kritiker der Politik der israelische Regierung. Die Veranstaltung in Karlsruhe wurde durch den örtlichen Dekan verboten. Als Begründung für die Kritik an der Kritik Israels wurde genannt, dass man jeden Ansatz von Antisemitismus vermeiden sollte und Rücksicht nehmen sollte auf die jüdischen Mitbürger in Deutschland. Man habe ja nichts gegen Kritik am Staat Israel, aber sie darf nicht so laut werden.

Die aktuelle politische Lage in Palästina ist zurzeit geprägt von den bevorstehenden Parlamentswahlen. Netanjahu hat kein definiertes eigenes Programm. Sein Ziel ist die Wiederwahl. Zur Sicherung dieses Zieles geht er immer weiter nach rechts und beschreitet den Weg des Populismus, der Wahrheitsfälschung und der Aggression gegen Palästinenser weiter (vergleichbar mit Donald Trump, Victor Orban und anderen. Er lenkt seine Kritiker ab durch Verlagerung von Schauplätzen und Falschmeldungen, wie z.B. die Darstellung einer neuen Handelsbeziehung zur Republik Tschad als besonders historischen Erfolg seiner Politik. Seine Siedlungspolitik ist im Grunde nichts anderes als eine Kolonisierungspolitik.

Die anderen Parteien in Israel sind schwach und auf dem Weg der Zersplitterung oder Spaltung. Es ist sehr fraglich, ob sie sich gegen die Likud-Partei Netanjahus durchsetzen können.

Punkte aus der Diskussion:

- Die Synode der Evang. Kirche im Rheinland hat 2016 gesagt, dass der Staat Israel ein Geschenk Gottes sei (wie schon im Jahre 1980).
- die Presbyterian Church USA und viel andere, auch evangelische Kirchen in anderen Staaten sind beteiligt an dem Boykottaufruf gegen Israel (BDS).
- die palästinensischen Christen haben 2009 das Kairos-Palästina-Dokument beschlossen, in dem sie den Aufbau einer Gesellschaft für Israel fordern, die auf Liebe, Vertrauen und Gerechtigkeit beruht. Kairos Palästina ruft auch für eine gewaltlose Boykottbewegung gegen den Staat Israel auf.
- man muss den Radikalismus auf beiden Seiten bekämpfen und die friedliebenden Menschen auf beiden Seiten (die es ja auch gibt!) unterstützen. Dazu gehört es auch, sehr genau zu unterscheiden zwischen den von der Verfassung garantierten Rechten und Privilegien, die häufig einem Apartheidssystem gleichen.
- es ist offen, ob es einen einzigen Staat für beide Gruppierungen (Palästinenser und Juden) oder eine Zwei-Staaten-Lösung geben wird. Nicht offen bleibt, dass das gleiche Recht und die gleiche Freiheit für alle Menschen unabhängig von ihrer Religion, Nationalität oder Ethnie gelten müssen.

Aus dem Gedächtnis notiert von Rolf Freudenberg, Vorstandsmitglied, am 21.01.2019